1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Staßfurt

Aufgrund der §§ 8 und 45 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der derzeit geltenden Fassung i.V.m. der Verordnung über die Entschädigung bei ehrenamtlich Tätigen in den Kommunen (KomEVO) vom 29.05.2019 (GVBl. LSA S. 116) hat der Stadtrat der Stadt Staßfurt in seiner Sitzung am folgende 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Staßfurt vom 13.09.2019 beschlossen:

§ 1 Änderungen

Die Entschädigungssatzung der Stadt Staßfurt vom 13.09.2019 wird wie folgt geändert

1. § 1 Absatz 1 Satz 2 erhält folgenden Wortlaut:

Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 3 Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Pauschalbetrag.

2. § 1 Absatz 4 Sätze 3 und 4 werden gestrichen.

3. § 2 erhält folgende neue Fassung:

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufschlags. Erwerbstätigen Personen und Selbstständigen wird der durch die ehrenamtliche Tätigkeit tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufschlag ersetzt, jedoch höchstens 13,00 Euro je Stunde und 8 Stunden je Tag.
- (2) Erwerbstätige Personen und Selbstständige, die die Höhe des Verdienstaufschlages nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, wird ein Verdienstaufschlag abweichend von Abs. 1 Satz 2 in Form eines pauschalen Stundensatzes ersetzt. Dieser beträgt 10,00 Euro pro Stunde. Ein Anspruch auf entgangenen Arbeitsverdienst besteht für maximal 8 Stunden pro Tag.
- (3) Personen, die keinen Verdienst haben, denen aber durch die für die ehrenamtliche Tätigkeit aufgewendete Zeit ein Nachteil entsteht, wird eine angemessene Pauschale in Form eines Stundensatzes in Höhe von 10 Euro, höchstens 8 Stunden pro Tag, gewährt.
- (4) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird. Nichtselbstständigen wird der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufschlag ersetzt.
- (5) Erstattungen nach den Absätzen 1 bis 4 erfolgen nur auf Antrag. Dieser ist innerhalb eines Vierteljahres nach einer Sitzung oder Dienstreise bei der Stadt Staßfurt zu stellen.

4. § 5 Abs. 3

Es wird folgender Satz 3 eingefügt: Als Nachweis für die Sitzungsteilnahme dient die Unterschrift in der jeweiligen Teilnehmerliste.

§ 2
Inkrafttreten

Die 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Staßfurt tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Staßfurt, den

Sven Wagner
Oberbürgermeister